

Oranienburg, den 30.10.2009

## Tätigkeitsbericht des KER 2007-2009

Unsere letzte Wahlperiode begann am 24.10.2007 mit Wahl des Vorstandes des Kreiselternerates und der Vertreter für den Kreisschulbeirat und den Landeselternerat.

Dabei wurde der bisherige Vorstand erneut im Amt bestätigt.

Anzumerken ist, dass mehrere Mitglieder unseres Gremiums wichtige Aufgaben in den übergeordneten Gremien übernommen haben.

So hatte Herr Dr. Schneider 2 Jahre lang den Vorsitz des Kreisschulbeirates inne. Frau Voigt als Mitglied des Landeselternerates wurde in den Bundeselternerat gewählt und ist stellvertretendes Mitglied im Landesschulbeirat.

Bereits an dieser Stelle unseren Dank an alle, die sich in der Gremienarbeit so herausragend engagiert und wichtige Arbeit geleistet haben.

Gleich zu Beginn der letzten Wahlperiode erhitzen die rechtlichen Änderungen am Ü7-Verfahren und vor allem die neu eingeführten Zentralen Vergleichsarbeiten in der 6. Klasse (ZVA6) die Gemüter. Nach ausführlicher Erörterung der doch etwas komplizierten Rechtslage und teilweise emotionaler Diskussion über Sinn und Zweck dieser ZVA beschloss der Kreiselternerat eine Stellungnahme an den Bildungsausschuss des Landtages und den Landesschulbeirat. In dieser wurde die Anwendung einer Zentralen Vergleichsarbeit als Mittel zur Verschärfung der Zugangsvoraussetzungen zur gymnasialen Ausbildung kategorisch abgelehnt.

Dieser kritische Standpunkt wurde im folgenden auch landesweit in unterschiedlichsten Gremien eingenommen. Diese Unruhe, ausgelöst durch die ZVA6, erreichte auch die Landtagsfraktionen und den Petitionsausschuss des Landtages. In einer gemeinsamen Sitzung des Bildungsministeriums, des Landeselternerates und der KER-Vorstände versuchte Staatssekretär Jungkamp mit einem Kompromissangebot die Wogen zu glätten.

Angesichts des deutlichen Eltern-Unwillens und der, wie eine Studie des LISUM belegte, wenig hilfreichen Ergebnisse sagte der Staatssekretär eine Verringerung der Wertigkeit der ZVA von 40 auf 20% der Halbjahresbenotung zu. Dies allerdings erst, als das Ü7-Verfahren des Schuljahres 07/08 bereits fast abgeschlossen war. Die rechtliche Umsetzung dieses Etappensieges der Eltern dauerte dann noch bis zum Herbst 2007.

Im Laufe der Wahlperiode wollte der KER weiteren Bildungsexperten der im Landtag vertretenen Parteien die Möglichkeit geben, ihre Ansätze für die Entwicklung der Bildungspolitik im Land darzustellen. Nachdem im Jahr zuvor der Vorsitzenden des Bildungsausschusses des Landtags Ingo Senftleben (CDU) im KER zu Gast war, nahm am 12.12.2007 die stellvertretende Vorsitzende des Bildungsausschusses Frau Gerrit Große (bildungspolitische Sprecherin der Linken) an unserer Diskussion zum Ü7-Verfahren regen Anteil.

Ein weiteres Thema, dass ebenfalls in diesen Zeitraum fiel, war eine erneute Änderung des Schulgesetzes. Damit wurde die Rechtsgrundlage zur Einrichtung einer zentralen automatisierten Schülerdatei geschaffen. Diese Gesetzesänderung wurde ohne Anhörung der Mitwirkungsgremien beschlossen. Nachträglich sprach sich der Landeselternerat gegen dieses Vorhaben aus, fand aber kein Gehör. Auch die Mitglieder des Kreiselternerates missbilligten diese Vorgehensweise. Insbesondere wurden Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes laut. Auf Grund der vollendeten Tatsachen und der zu erwartenden langen

Vorstand:

Hardy Kastius (Vorsitz)

Gabriele Hedicke

Frank Görden

Jens Kopprasch

Tel.Nr.:03302/222764

Tel.Nr.:033051/25462

Tel.Nr.:033085/70443

Tel.Nr.:03303/500367

hardy.kastius@web.de

hedicke@chem.tu-berlin.de

et.praxis@web.de

jens@kopprasch.de

Anlaufzeit des Projektes verzichtete der KER auf eine eigene öffentliche Stellungnahmen. Bisher sind auch keine weiteren Auswirkungen dieser Rechtsänderung bekannt geworden .

Aus aktuellem Anlass wurde von betroffenen Eltern bereits im Spätherbst 2007 die Umsetzung der Schulzeitverkürzung an den Gymnasien von 13 auf 12 Jahre thematisiert. Insbesondere stieß auf scharfe Kritik, dass die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur bereits gesetzlich fixiert und in Gang gesetzt wurde, bevor die entsprechenden organisatorischen und pädagogischen Voraussetzungen geschaffen wurden. So wurde erst zu Beginn des letzten Schuljahres eine provisorische GOST-VO veröffentlicht, die nur für die jetzigen 10.Klassen gilt. Eine entsprechende VO für die jetzigen 9.Klassen und folgende fehlt noch immer. Ausserdem wurden die Rahmenlehrpläne nicht an die verkürzte Schulzeit angepasst, sondern lediglich die Stundenanzahlen der Wochenstundenpläne angehoben. Dies führt seit dem letzten Schuljahr vor allem in den 9. und 10.Klassen zu unerträglich hohen Wochenstundenzahlen. Die Gymnasialeltern forderten zur Entspannung der Situation eine Aussetzung der Schulzeitverkürzung für die betroffenen Jahrgänge, wenigsten aber eine Befreiung von den Abschlussprüfungen in der 10. Klasse, die ja mitten in der Einführungsphase der SEK II liegen. Der Kreiselternrat beschloss die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter Federführung von Frau Kaiser und Herrn Engel, die gegenüber der Landesregierung aktiv werden sollte.

Durch die Arbeitsgruppe wurden intensive Kontakte zur Elterninitiative am Lise-Meitner-Gymnasium in Falkensee aufgebaut. Bisher wurden jedoch keine signifikanten Verbesserungen erreicht. Dieses Thema wird uns also auch weiterhin beschäftigen.

Nachdem in der vorherigen Legislatur die Diskussion über die Begabtenförderung bereits breiten Raum hatte, sich aber damals hauptsächlich um das Thema LuBK drehte, lud der Vorstand in der aktuellen Wahlperiode Herrn Dr. Wuttke vom Stützpunkt für Begabtenförderung in Gransee ein. Dr. Wuttke informierte uns über Alternativen zur Begabtenförderung mit LUBK, da es diese in unserem Kreis nicht gibt. Er stellte das „Projekt dezentrale Förderung“ vor und erläuterte die materielle Ausstattung sowie die Vergabekriterien für Fördermittel und Personal. In der Diskussion wurde die Problematik der Klassifizierung von Hochbegabten und überdurchschnittlich Leistungsbereiten näher erläutert. Es wurden Ansätze der individuellen Förderung von Schülern in heterogenen Klassen erörtert. Dabei wurde auch festgestellt, dass es infolge der Vielzahl von Ausprägungen der Hochbegabung selbst in selektiven Förderformen (wie LuBK) eigentlich nicht zu homogenen Lernumgebungen kommt. Die Kreisverwaltung wies darauf hin, dass es neben der Stundenzuweisung in o. g. Projekt auch Sachmittel für Begabtenförderung gibt, die von den Schulen beim Landratsamt entsprechend der gültigen Förderrichtlinie beantragt werden können. Dabei wurde deutlich, dass diese Fördermöglichkeiten von den Schulen nur unterdurchschnittlich genutzt werden.

Die Diskussion zur Förderproblematik warf in den folgenden KER-Sitzungen noch eine Reihe von Fragen auf. Leider waren die Mitarbeiter des Förderstützpunktes gegen Ende des Schuljahres 2007/08 nicht mehr bereit, sich zur Vergabep Praxis der verfügbaren Wochenstunden im Schuljahr 2008/09 zu äußern. Auf Grund der aktuellen prekären Personalsituation in unserem Schulamtsbezirk muss leider davon ausgegangen werden, dass diese Förderform den allgemeinen Streichungen zum Opfer fallen wird.

Zusätzlich zum Thema Begabtenförderung befasste sich der KER auch mehrfach mit der Förderung leistungsschwacher, teilleistungsgestörter oder behinderter Schülerinnen und Schüler. Gegenstand der Beratungen war neben allgemeinen Problemen an den verschiedenen Förderschulen des Kreises auch die Auswirkungen des Personalmangels im Bereich der Sonderpädagogen sowie die Zweckentfremdung von Förderstunden zur Kompensierung von Unterrichtsausfall. Über zwei Sitzungen informierte Fr. Marske, die Leiterin der sonderpädagogischen Förderstelle Oberhavel, ausführlich über Förderdiagnostik und sonderpädagogische Förderung. Ausführlich stellte sie Diagnose- und Förderverfahren vor, beschrieb die Situation in unserem Landkreis und antwortete auf die zahlreichen Fragen aus dem Gremium.

Aus den Reihen der Eltern, deren Kinder eine Förderschule mit Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“ besuchen, wurden landesweite Kontakte geknüpft, die im März 2009 in einem „1. Brandenburgischen Landeselterntag der Schulen mit sonderpädagogischem Schwerpunkt geistige Entwicklung“ gipfelten. Diese Eltern fühlen sich als eine oft wenig beachtete Minderheit, die mit dieser Aktion sowohl auf ihre speziellen Probleme aufmerksam machen als auch anderen betroffenen Eltern Hilfe und Unterstützung anbieten wollen. Die im LISUM durchgeführte Veranstaltung fand erfreulicherweise auch in der Politik positiven Anklang.

Ein weiteres Thema, das mehrfach in unserem Gremium angesprochen wurde, ist die Schülerbeförderung. Nachdem der Erfolg einer Volksinitiative für kostenfreie Schülerbeförderung sich dergestalt im Schulgesetz niedergeschlagen hat, das ein gesetzlicher Zwang zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Schülerbeförderung nunmehr entfällt, hat der Kreiselternterrat sich umgehen mit einer Stellungnahme an den Kreistag gewandt. Hierin wurde eine zeitnahe Umsetzung der neuen Rechtslage in der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises gefordert. Unbenommen der Forderung des KER nach einer für Eltern und Schüler komplett kostenfreien Beförderung zur Schule, die insbesondere im ländlichen Raum eine Grundlage für den gleichberechtigten Zugang zur Bildung ist, wurde die unverzügliche und vollständige Anrechnung der neuen Landeszuschüsse auf die Elternbeiträge angemahnt. Darüber hinaus schlossen wir uns der Forderung nach Offenlegung der Kostenkalkulation an. Dass es auf diese Frage bis heute keine öffentliche Antwort gibt, ist wohl ein beredtes Zeichen dafür, wie immer wieder versucht wird, die öffentlichen Haushalte auf Kosten von Schülern und Eltern zu entlasten.

Im Rahmen seiner regulären Tätigkeit hat sich der Kreiselternterrat in der Vergangenheit schon mehrfach mit Themen wie Streitschlichtung, Gewaltprävention, Verkehrssicherheit und ähnlichen beschäftigt. Im Rahmen dieser Informationsreihe war im Frühjahr 2009 Frau Pannicke bei uns zu Gast, die als freiberufliche Mediatorin für das LISUM tätig ist.

Frau Pannicke informierte uns über Wesen und Inhalte der Mediation, wo und wie sie anzuwenden ist. Sie stellte uns verschiedenen Formen dieser Interventionsmöglichkeit vor und erläuterte, welche Wege und Möglichkeiten es gibt, Mediation in Anspruch zu nehmen und welche Kosten dafür entstehen.

Im Januar 2008 stieg der Kreiselternterrat mit einem Vortrag über die gesetzlichen Grundlagen der Lehrerstundenzuweisung und einer ersten Auswertung zum Unterrichts-Ausfall in allen Schulen des Landkreises in das Hauptprojekt der Wahlperiode ein. Das Thema Unterrichtsausfall, das den KER schon seit geraumer Zeit beschäftigte, sollte stärker in den Mittelpunkt und vor allem in die Öffentlichkeit gerückt werden. Nach unseren bisherigen Erfahrungen und Erkenntnissen ist es nämlich fast immer die mangelhafte Personalausstattung der Schulen, die für viele andere Probleme verantwortlich ist. Ohne Abstellung dieses Grundübels wird es kaum möglich sein, Qualität an den Schulen nachhaltig weiterzuentwickeln. Nachdem während des Berichtszeitraums in einigen Punkten der Personalproblematik Übereinkunft mit dem Staatlichen Schulamt erzielt werden konnte, musste festgestellt werden, dass weiterführende Lösungen auf der Kreis-Ebene nicht realisierbar waren, da auch Ausstattung und rechtliche Spielräume des Schulamtes grundsätzliche Lösungen nicht zuließen.

Unter dem Motto „Rechtsanspruch auf ausfallfreien qualifizierten Unterricht“ wurde der Vorstand beauftragt, die Öffentlichkeit über die Probleme und Kernforderungen zu informieren, den Kontakt mit Bildungsministerium und Landtagsabgeordneten aufzunehmen und den KER landesweit mit anderen gleich gesinnten Initiativen und Gremien zu vernetzen. Nach Kontakten zu Elterninitiativen in Falkensee, Kleinmachnow und Potsdam sowie Vertretern der GEW und des Staatlichen Schulamtes in Perleberg wurden Schreiben an den Bildungsminister und den Bildungsausschuss des Landtages verfasst, in denen die Verantwortlichen auf die unerträgliche Situation hingewiesen und entsprechende Korrekturen der brandenburgischen Bildungspolitik gefordert wurden. Ebenfalls setzte eine intensive Reisetätigkeit des Vorstandes zu den anderen Initiativen, zu öffentlichen Veranstaltungen und in das Ministerium ein. Alle Aktivitäten zielten darauf ab, Landespolitiker für unsere

Probleme zu sensibilisieren und mit der Politik auf Landesebene in einen konstruktiven Dialog zu treten. Während einige Landtagsabgeordnete durchaus Verständnis äußerten und unsere Forderungen und Vorschläge zu berücksichtigen versprochen, wurde uns vom MBSJ ziemlich deutlich mitgeteilt, das man diese Probleme ausschließlich mit den Gremien der Landesebene bearbeiten würde. Wir konnten den Landeselternrat daraufhin relativ schnell für unser Ansinnen einnehmen und begannen eine langfristige gemeinsame Vorbereitung zu einer Podiumsdiskussion der Elternvertreter mit dem Bildungsminister. Nach diversen Treffen mit dem LER und dem Bildungsstaatssekretär in Potsdam und anderen Elterninitiativen in Falkensee wurde die Veranstaltung für den 20. Januar 2009 in der Potsdamer Staatskanzlei geplant.

Inzwischen eskalierte die Lage in Oberhavel dergestalt, dass durch Pensionierung von 23 Lehrkräften und altersbedingter Arbeitszeitverkürzung im Kreis bei gleichzeitig hohem Krankenstand ab den Winterferien 2009 die ordnungsgemäße Durchführung des Unterrichts an vielen Schulen nicht mehr zu gewährleisten war. Das Schulamt versuchte durch weitere Streichungen von Stundenzuweisungen vor allem im Bereich der POOL-Stunden die Lücken zu stopfen, da es nicht gelungen war, die freien Stellen neu zu besetzen. Das aus Sicht der Eltern ignorante Verhalten der Landesregierung und die inakzeptablen Lösungsversuche des Schulamtes veranlassten die Mitglieder des KER, eine sechsköpfige Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die öffentlichkeitswirksame Aktionen im Vorfeld des Landtagswahlkampfes kreieren und koordinieren sollte.

Parallel dazu wurde vom Vorstand die neue Ausfallstatistik für die Schulen in OHV erarbeitet und vorgestellt. Mit den neuesten Daten gerüstet und einem entsprechenden Vorschlags- und Forderungskatalog nahm eine Delegation des KER OHV an der Veranstaltung des LER mit dem Bildungsminister teil. Der Sprecher unseres KER hatte die Möglichkeit, nach dem Einführungsvortrag des Ministers in einem gut halbstündigen Referat unsere Probleme darzustellen und dabei etliche Argumente des Ministeriums wirksam zu entkräften. Im Kern schlugen wir dem Minister folgendes vor:

- Erhöhung der Vertretungsreserve von 3 auf 6%,
- Stunden für Differenzierung (POOL) nicht fakultativ sondern als Pflichtstundenanteil,
- Einstellung von mehr jüngeren Lehrern (400 pro Jahr), insbesondere auch Sonderpädagogen,
- Bessere und obligatorische Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrer.

Im Ergebnis dieser Veranstaltung wurde unsere Vorschläge und Forderungen zwar akzeptiert, ihre Umsetzung jedoch aus finanziellen Gründen in Frage gestellt und auf die Haushaltskompetenz des Finanzministers und des Landtages verwiesen. Deshalb beschlossen wir dieses Thema weiter mit dem Finanzminister und den Landtagsabgeordneten zu diskutieren.

Ab Februar 2009 ließen der Vorstand des KER und die eigens dafür eingerichtet Arbeitsgruppe kaum eine Gelegenheit aus, mit Wahlkreisabgeordneten, Parlamentariern, verschiedenen Ministern und Staatssekretären in Dialog zu treten und für die Umsetzung unserer Forderungen zu werben.

Leider war es trotz des zunehmenden Wahlkampfes sehr schwer, offene Ohren in der Politik zu finden. Zeitweise schien es, als hätten sich die Parteien fast einhellig gegen die berechtigten Forderungen der Eltern des Landes verbündet. Niemand schien gewillt, einen mutigen Schritt für eine bessere Bildung im Land zu wagen. Ungeachtet dessen setzte der KER seine Bemühungen fort, die kurz vor den Sommerferien in einen Offenen Brief an Ministerpräsident Matthias Platzeck mündeten. Auf diesen Brief gab es in der abgelaufenen Legislatur leider keine Antwort und auch kein öffentliches Echo. Eine von unseren Netzwerkpartnern initiierte gemeinsame Pressekonferenz Mitte September wurde vom RBB mit der Begründung abgelehnt, an diesem Thema bestünde so kurz vor der Wahl kein Interesse. Unsere Arbeitsgruppe Unterrichtsausfall wurde in der letzten Sitzung des KER aufgelöst, da es erhebliche Schwierigkeiten gab, die Mitglieder zeitlich zu koordinieren und Treffen der AG zu organisieren.

Ausgelöst durch die Aktivitäten des KER zum Thema Unterrichtsausfall kamen wir in Kontakt zu anderen Initiativen mit ähnlichen Zielen. Auch über das Kernthema hinaus entwickelte sich insbesondere zur Elterninitiative am Lise-Meitner-Gymnasium Falkensee und zur

Elterninitiative „Kinder ohne Lehrer“ aus Kleinmachnow ein konstruktiver Dialog, den wir in Zukunft auch fortsetzen sollten. Vertreter der Initiativen und unseres KER nahmen wechselseitig an Veranstaltungen teil, wobei unser KER-Sprecher Herr Kastius und sein Stellvertreter Herr Kopprasch mehrfach die Möglichkeit hatten, auf diesen Veranstaltungen zu referieren.

In diesen Zusammenhang muss man die herausragende Position unseres KER im Verband der anderen Kreise erwähnen. Die über die Kreisgrenzen hinausgehenden Aktivitäten sind nicht der Standard und unsere Bemühungen andere Kreiselternräte zum gemeinsamen Vorgehen zu bewegen, scheiterten oft an mangelndem Interesse der entsprechenden Gegenseite.

Im Laufe der Wahlperiode wurde ein Teil einer privaten Homepage dem KER zur Verfügung gestellt, um Dokumente und Informationen zur Arbeit des KER auch über das Internet verfügbar zu machen. Diese Informationen sind unter [schuleltern.kopprasch.de](http://schuleltern.kopprasch.de) erreichbar.

Regelmäßig informierten die Vertreter aus dem Kreisschulbeirat und dem Landeselternrat über ihre Arbeit und gaben wichtige Informationen aus diesen Gremien an die Mitglieder des KER weiter.

In den vergangenen zwei Jahren erlebte die Zusammenarbeit mit dem staatlichen Schulamt verschiedene Höhen und Tiefen. Nachdem wir ab dem Schuljahr 2006/07 mit Frau Döpel eine Ansprechpartnerin hatten, die regelmäßig an unseren Sitzungen teilnahm und sich intensiv und konstruktiv einbrachte, brach durch personelle Veränderungen im Schulamt im Dezember 2007 der Kontakt fast vollständig ab. Danach war es fast ein Jahr lang nicht möglich, einen neuen Vertreter des Schulamtes im KER begrüßen zu können.

Um so mehr hat es uns gefreut, dass ab November 2008 mit Frau Werner die Zusammenarbeit wieder belebt werden konnte und uns eine kompetente und kommunikative Ansprechpartnerin für unsere Fragen und Vorschläge zur Verfügung stand.

Der Vorstand des KER, bestehend aus Herrn Kastius, Frau Hedicke, Herrn Kopprasch und Herrn Görden, bedankt sich an dieser Stellen bei allen, die ihn bei der Arbeit unterstützt oder sich in weiteren Gremien engagiert haben und fordert alle Mitglieder des neuen KER auf, bei der Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben wieder aktiv mitzuwirken.

Wir bedanken uns insbesondere bei Frau Werner vom staatlichen Schulamt für den konstruktiven Dialog im letzten Jahr.

(jk/hk)